

Sorauer Tageblatt

Verbunden mit

Der Beobachter

Erheblicher Anzeiger

Wochenblatt für Erzebel, Teupitz, Groß-Särchen und Umgegend

Mitteilungsblatt

Landesgruppe Ostmark des Bundes Deutscher Osten e. V.

Amtesliches Mitteilungsblatt für den Kreis Sorau der NSDAP. Gau Kurmark

Ercheinungswelle: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - **Verkaufspreis:** Bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 1,80 Reichsmark, ins Haus gebracht Reichsmark 2,00, im Wochenbezuge in unserer Geschäftsstelle 48 Reichspennia, bei der Post abgeholt monatlich 1,80 Reichsmark, zusätzlich 30 Reichspennia Postzeitungsgebühr, durch den Verteilungskreis ins Haus gebracht 38 Reichspennia mehr. - Höhere Gewalt und Betriebsstörungen entbinden den Verlag von den von ihm eingegangenen Verpflichtungen.



Anzeigen (Preisliste Nr. 21, Nachschlageliste B): Die 4spaltige Millimeterzeile im Anzeigenteil je Millimeter-Höhe 8 Reichspennia; im Textteil die 4spaltige Millimeterzeile je Millimeter-Höhe 30 Reichspennia. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei fernmündlicher Aufgäbe von Anzeigen nicht übernommen werden. Nachschuß nach der Preisliste. - Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags, für spätere Anzeigen einen Tag vor Erscheinen. - Erfüllungsort und Gerichtsstand für den Auftraggeber, den Anzeigemittler und den Verleger ist Sorau N.S.

Nummer 277

Donnerstag, den 26. November 1936

126. Jahrgang

Goebbels über das deutsch-japanische Abkommen

Beitrag zum Frieden der Welt

Das Abkommen hat nur den einen defensiven Zweck, den Umsturzversuchen der Moskauer Internationale ein Halt entgegenzurufen

Stidling begnadigt

Statt bürgerlicher Freisprechung 10 Jahre Freiheitsstrafe

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 26. November. Nach offizieller sowjetrussischer Mitteilung hat der Präsident des Justizkommissionars dem Gnadengesuch des Reichsdeutschen Stidling stattgegeben und die Todesstrafe in eine zehnjährige Freiheitsstrafe umgewandelt.

Wie verlautet, sind außer dem deutschen Staatsangehörigen Ingenieur Stidling noch zwei weitere im Nowosibirsker Schauprozess zum Tode verurteilte Angeklagte begnadigt worden.

Es wäre interessant zu wissen, inwieweit der Abschluß des deutsch-japanischen Abkommens, über den die Sowjets ja orientiert waren, dazu beigetragen hat, das Wahnsinnsurteil abzuändern. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einem diesbezüglichen Schritt des englischen Botschafters. Auf alle Fälle wußten die Leute im Kreml, daß der Führer und hinter ihm ganz Deutschland durchaus gewillt waren, dafür Sorge zu tragen, daß ihre dringenden Warnungen nicht überhört würden. Natürlich ist dieses Urteil noch völlig unbefriedigend, aber wir werden es nicht dulden, daß einem Deutschen im Ausland auch nur ein Haarklein mitgeteilt wird. Welchen Unterschied und welche Wandlung! Vor das 4 oder 5 Jahre hätte man sich im Ausland über einen deutschen Protest entweder hinweggesetzt oder sogar lustig

gemacht. Heute hat sich die Außenpolitik des Führers bereits diesen sichtbaren Respekt verschafft. Dr. W.

„Kampf gegen Faschismus“

Moskau, 26. November. Der achte Rätekongreß der Sowjetunion hat am Mittwochnachmittag eine außerordentliche Sitzung im Kreml begonnen. Anwesend waren sämtliche Volkskommissare und Parteigenossen, darunter Stalin, Wozneschilow, Molotow, Kaganowitsch, Keldin, Drobischinski u. a. Nur Nagoda fehlte. Das diplomatische Korps ist fast vollständig erschienen.

Als Hauptredner hielt Stalin eine zweistündige Rede über die neue Sowjetverfassung, die in dem Versuch absteife, sich mit den Kriterien seiner Verfassung auseinanderzusetzen und in der er zu den zahlreichsten Änderungsanträgen Stellung nahm. Stalin, der sich nur wenig mit Außenpolitik beschäftigte, glaubte u. a. die scharf kritischen abschneidenden deutschen Stimmen mit Scherzworten und humoristischen Vergleichen abtun zu können, ohne eine sachliche Entgegnung auch nur zu versuchen.

In außenpolitischer Hinsicht bezeichnete Stalin lediglich zum Schluß seiner Darlegungen den Entwurf seiner Verfassung als eine moralisch-Unterstützung für alle jene in der Welt, die gegen den Faschismus kämpfen. Er erklärte, daß das, was in der Sowjetunion Tatsache sei, auch überall in der Welt vollkommen verwirklicht werden könnte.

Nun endlich Klarheit

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 26. November. Reichsminister Dr. Goebbels wandte sich gestern um 19 Uhr über alle deutschen Sender an das gesamte deutsche Volk und darüber hinaus an die Welt, das zwischen der Regierung des Deutschen Reiches und der Kaiserlich-japanischen Regierung abgeschlossene „Abkommen gegen die kommunistische Internationale“, der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Der Reichsminister verlas zunächst den Wortlaut des Abkommens (das wir gestern bereits veröffentlicht. Die Red.) und fügte dann im Namen des Führers und der Deutschen Reichsregierung noch folgende Erklärung hinzu: „Mit diesem Abkommen, das zwischen der Regierung des Deutschen Reiches und der Kaiserlich-japanischen Regierung abgeschlossen wurde, wird nun endlich Klarheit in den trüben Dunst hineingebracht, den die kommunistische Internationale über Europa und die ganze Welt zu lagern versucht hat. Zwei Großmächte haben sich damit zusammengeschlossen zu einer starken und festen Erklärung, vor den Drohungen der roten Anarchie weder weichen noch kapitulieren zu wollen. In diesem Abkommen wird mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß es sich dabei um ein defensives Vorgehen handeln soll.“

Denn nicht die beiden hohen vertragsschließenden Mächte haben die kommunistische Internationale herausgefordert, sondern die kommunistische Internationale hat durch eine ununterbrochene Folge von Provokationsakten, resolutionslosen Aufstandsversuchen, anarchischen Umsturzversuchen und gewissenlosen, volkszerstörenden Verfolgungsmaßnahmen die ganze Welt auf das Tiefste zu beunruhigen und in schwerkste, kaum noch übersehbare Wirren zu stürzen versucht.

Wenn sich die Regierung des Deutschen Reiches und die Kaiserlich-japanische Regierung gegen diese Veruche mit den ihnen angeeignet erschienenen Mitteln zur Wehr setzten, so ist das nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre staatspolitische und moralische Pflicht. Denn die unsterblichen Tendenzen der kommunistischen Internationale bedrohen auf das ernsteste die gesamte Kulturwelt und treiben mit den heillosen Gütern der Völker ein frevelhaftes Spiel. Ausdrücklich wird deshalb in dem heute abgeschlossenen Abkommen betont, daß es zur Wahrung des inneren Friedens, des sozialen Wohllebens, aber auch des Weltfriedens dienen soll.

Wenn im Artikel II die hohen vertragsschließenden Staaten dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Verfolgung der kom-

munistischen Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen, so wird damit in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß dieses Abkommen sich gegen niemanden richtet, sondern nur den einen Sinn und Zweck hat, den Umsturzversuchen der Moskauer Internationale ein Halt zu setzen und unüberwindliches Halt entgegenzusetzen.

Die nationalsozialistische Bewegung hat vom ersten Tage ihres Bestehens an den Kampf gegen den Kommunismus in aller Konsequenz durchgeföhrt. Sie hat dem Nordtreiben der kommunistischen Internationale über vierhundert Tote und Zehntausende von Verletzten opfern müssen. Sie kennt den Bolschewismus. Und der Bolschewismus kennt hoffentlich auch sie.

Seit der Machtübernahme durch den Führer hat das nationalsozialistische Deutsche Reich in breiter Front diesen Kampf der nationalsozialistischen Bewegung zu seiner Sache gemacht. Weibe, Bewegung und Reich, haben die alte Gefahr, in die die Kulturvölker durch die kommunistische Internationale hineingebracht werden sollen, in aller Klarheit erkannt und auch Entschlossenheit und Mut genug aufgebracht, sie rücklos und tapfer aus Deutschland zu entfernen. Reich und Volk sind heute gegen den Bolschewismus geeicht.

Die Moskauer rote Internationale ihrerseits hat seit der Machtübernahme durch den Führer kein Mittel unversucht gelassen, die ihr durch den Sieg des Nationalsozialis-

Der Führer grüßt sein Landvolk

„Für die Treue sage ich aufrichtigen Dank.“

(Telegraphische Meldung)

Moskau, 26. November. Anlässlich des IV. Reichsbauerntages in Moskau, zu dem das gesamte Führerkorps des Reichsbauernverbandes ist zum IV. Reichsbauernstag in der Reichsbauernstadt zusammengetreten, ist, richtete der Reichsbauernführer R. Walther Darré an den Führer und Reichskanzler ein Telegramm.

Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Das Führerkorps des Reichsbauernverbandes ist zum IV. Reichsbauernstag in der Reichsbauernstadt zusammengetreten, um vor dem deutschen Volk Reichskanzler abzugeben über das zweite Jahr der landwirtschaftlichen Erzeugungssteigerung und um Richtlinien entgegenzunehmen für den verstärkten Einfluß des Bauernstandes im Rahmen des Vierjahresplanes. Hinter seinen treuen Führern als deren alten Gefolgsleuten, mein Führer, steht das deutsche Landvolk treu und bereit, um jedem Einfluß, den Sie geföhren. Wir grüßen Sie, mein Führer, in gläubigem Vertrauen zu Ihnen und Ihrem großen Wert.“

Der Führer hat daraufhin dem Reichsbauernführer mit folgendem Telegramm geantwortet:

„Für das Bekenntnis der Treue und Gefolgschaft, das Sie mir im Namen der zum vierten Reichsbauernstag versammelten deutschen Bauernführer ausgesprochen haben, sage ich Ihnen aufrichtigen Dank. Mein Gruß gilt dem ganzen deutschen Landvolk, das Willen und Können aufs äußerste anspannt im Kampf um das hochgeliebte Ziel deutscher Nahrungsfreiheit. Kraftvoll führt seit Jahrhunderten die Faust des deutschen Bauern im Frieden den Pfad, in Not und Gefahr das Schwert zum Schutz deutschen Blutes, für die Freiheit deutschen Bodens. Daß unter Ihrer Führung, Parteigenosse Darré, das deutsche Landvolk jede, auch die schwerste Aufgabe lösen wird, ist meine feste Zuversicht.“

Ihr (acc.) Adolf Hitler.“
(Siehe auch Seite 3)

Japan macht ernst

Bevorstehende Durchführungsmaßnahmen zum deutsch-japanischen Abkommen

(Telegraphische Meldung)

Tokio, 26. November. Wie die Agentur Domei mitteilt, stehen verschiedene Maßnahmen zur Durchführung des ersten Punktes des deutsch-japanischen Abkommens in Japan bereits bevor. Hier ist vor allem an eine verstärkte Ueberwachung bolschewistischer Umtriebe und möglicherweise an die Abänderung von Gesetzen gedacht, wovon man sich verstärkte Einwirkungsmaßnahmen auf die linksradikalen Kreise in Japan verpflichtet. Man nimmt an, daß sich diese Maßnahmen auch auf Mandchurien und die nordchinesischen Gebiete erstrecken dürften, wo, wie Domei hervorhebt, eine besonders strenge Ueberwachung des Kommunismus notwendig sei.